ECONSTOR
*Make Your Publications Visible.*

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Flemig, Günter; Langfeldt, Enno; Rosenschon, Astrid; Trapp, Peter; Walter, Norbert

**Article — Digitized Version**

# Bundesrepublik Deutschland: Inlandsnachfrage wird 1986 kräftig expandieren

Die Weltwirtschaft

**Provided in Cooperation with:**
Kiel Institute for the World Economy – Leibniz Center for Research on Global Economic Challenges

*Suggested Citation:* Flemig, Günter; Langfeldt, Enno; Rosenschon, Astrid; Trapp, Peter; Walter, Norbert (1985) : Bundesrepublik Deutschland: Inlandsnachfrage wird 1986 kräftig expandieren, Die Weltwirtschaft, ISSN 0043-2652, Springer, Heidelberg, Iss. 2, pp. 16-35

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/1302

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

# Bundesrepublik Deutschland: Inlandsnachfrage wird 1986 kräftig expandieren

Von Günter Flemig, Enno Langfeldt, Astrid Rosenschon, Peter Trapp und Norbert Walter

1. Die wirtschaftliche Erholung in der Bundesrepublik Deutschland, die Anfang 1983 begann, hat sich 1985 fortgesetzt. Der Anstieg der Produktion war aber sehr unstetig und insgesamt relativ mäßig. Eine günstige Entwicklung konnten die Exportunternehmen und die Investitionsgüterhersteller verzeichnen. In den konsumnahen Bereichen war die Zunahme nur gering, in der Bauwirtschaft kam es zu deutlichen Produktionsrückgängen. Damit blieb die Konjunktur auch 1985 gespalten; überdurchschnittliche Gewinne vor allem in den exportintensiven Unternehmen standen unvermindert steigenden Insolvenzen in den übrigen Bereichen gegenüber. Die regionalen und branchenmäßigen Unterschiede in der wirtschaftlichen Lage waren weiterhin ausgeprägt. Die Beschäftigung nimmt seit Mitte 1984 wieder zu, und die Kurzarbeit wurde weitgehend abgebaut. Das Tempo der wirtschaftlichen Erholung reicht jedoch nicht aus, um die Arbeitslosigkeit merklich zu vermindern (Schaubild 1). Die Verbraucherpreise sind seit dem Frühjahr stabil. In der Leistungsbilanz ist 1985 ein hoher Überschuß zu verzeichnen.

2. Im Jahre 1986 wird sich die wirtschaftliche Besserung fortsetzen. Sie wird allerdings immer mehr von der Inlandsnachfrage getragen, die Impulse aus dem Ausland werden dagegen weiter nachlassen. Die Zahl der Arbeitslosen wird im Durchschnitt des Jahres 1986 zum ersten Mal seit 1979 unter dem Vorjahrsniveau liegen. Der Preisanstieg wird niedrig bleiben. Der Überschuß in der Leistungsbilanz dürfte nochmals kräftig zunehmen.

Der Produktionsanstieg ist nicht so sehr Ausdruck besserer Wachstumsbedingungen. Er ist vor allem darauf zurückzuführen, daß sich nach zwei Jahren Stagnation wieder ein zyklischer Anstieg der inländischen Ausgaben abzeichnet, der durch finanz- und geldpolitische Maßnahmen unterstützt wird.

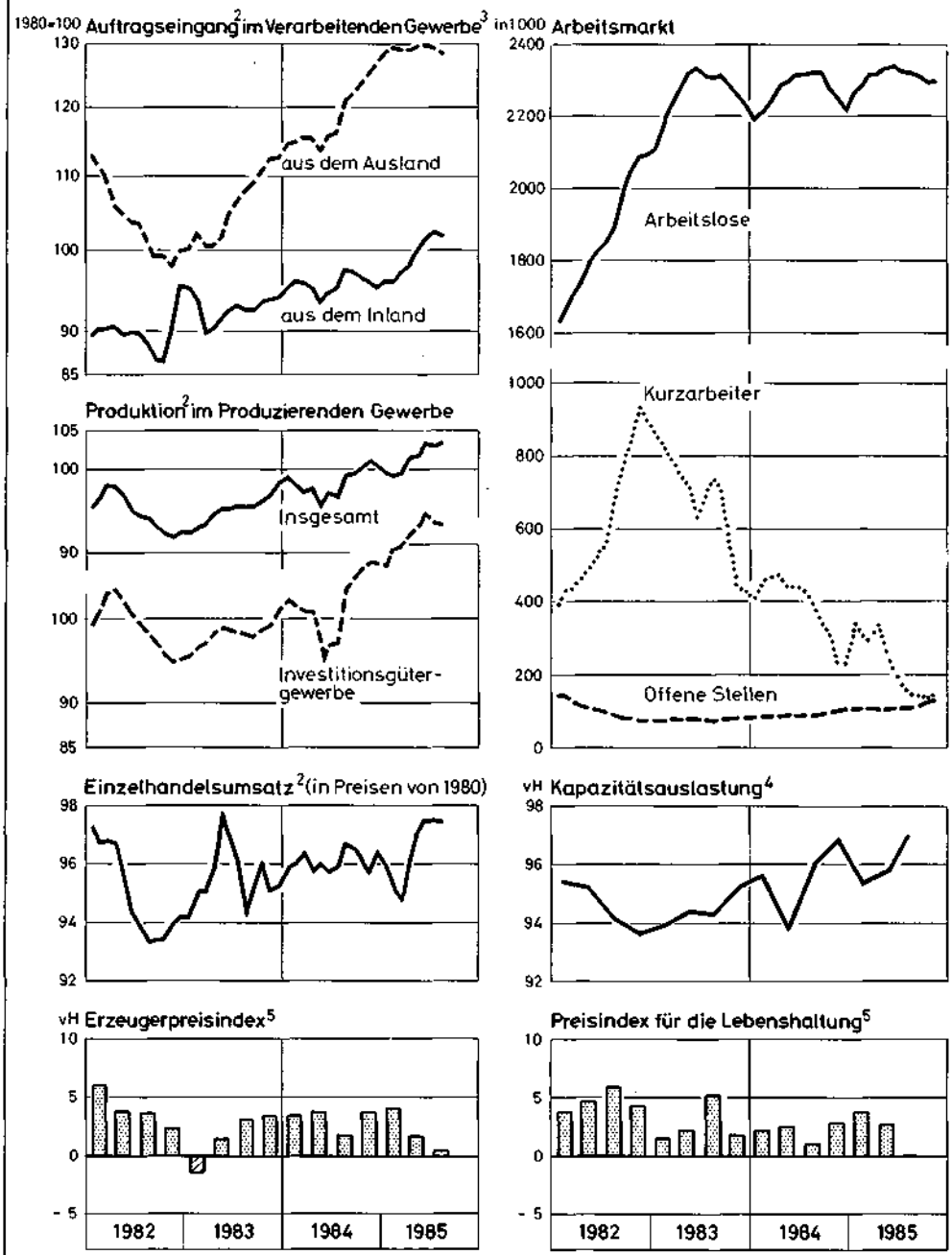
3. Da sich die Erholung auf verbreiterter Basis fortsetzt, besteht die Chance, die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen so zu verbessern, daß der Aufschwung auch über 1986 hinaus anhält. Dies erfordert:

- Eine Finanzpolitik, die das Steuersystem leistungsfreundlicher gestaltet, Subventionen abbaut und das Transfersystem effizienter macht.
- Eine Lohnpolitik, die nicht an kurzfristigen Gewinnsteigerungen orientiert ist, sondern durch maßvolle Tarifabschlüsse dafür sorgt, daß genügend Spielraum entsteht für ein Mehr an Lohndifferenzierung, für Anreize also, die geeignet sind, die strukturell bedingte Arbeitslosigkeit zu vermindern.
- Einen Abbau von Marktzugangsbeschränkungen, um den Wettbewerb zu intensivieren. Staatliche Anbieter müssen sich der Konkurrenz der Privaten stellen.
- Eine Geldpolitik, die für eine potentialorientierte Geldmengenexpansion sorgt.

Gegenwärtig mehren sich freilich die Indizien dafür, daß ein solcher Kurs nicht eingeschlagen wird. Vielmehr steigt das Risiko, daß nach der langen Durststrecke überhöhten Forderungen und Ausgabenwünschen in der Lohn- und Wirtschaftspolitik nachgegeben wird und dadurch Chancen für mehr Wachstum und Beschäftigung vergeben werden.

Schaubild 1

## Indikatoren[1] zur Konjunkturlage in der Bundesrepublik Deutschland




[1]Saisonbereinigte Werte. – [2]Gleitender Dreimonatsdurchschnitt aus saisonbereinigten Werten. – [3]Ohne Nahrungs- und Genußmittelgewerbe; in Preisen von 1980. – [4]Gesamtwirtschaft. – [5]Laufende Jahresraten.

**Finanzpolitik: Kräftiger Abbau des Haushaltsdefizits**

4. Der Abbau des Defizits in den öffentlichen Haushalten (Gebietskörperschaften und Sozialversicherung) ist 1985 beachtlich vorangekommen. Es ging von 33,8 Mrd. DM im Vorjahr auf rund 20 Mrd. DM im Jahre 1985 zurück. Der Anteil des Defizits am Bruttosozialprodukt ist damit von 3,3 vH im Jahre 1982 auf rund 1 vH im Jahre 1985 gesunken.

5. Die öffentlichen Ausgaben sind mit 3 vH weniger gestiegen als der Jahreswirtschaftsbericht 1985 vorsah (3-4 vH). Dies ist z.T. darauf zurückzuführen, daß die Inflationsrate etwa um einen halben Prozentpunkt niedriger ausfiel als man im Jahreswirtschaftsbericht unterstellt hatte. Z.T. ist der mäßige Anstieg der Ausgaben aber auch dadurch bedingt, daß Sonderfaktoren, die die Ausgaben im Vorjahr erhöht hatten (Rückkehrhilfe für ausländische Arbeitnehmer, Investitionszulage), für 1985 weitgehend entfallen sind. Zudem blieben die öffentlichen Investitionen wieder weit hinter den Ansätzen zurück: Während im Jahreswirtschaftsbericht 1985 noch mit einem Zuwachs zwischen 3 und 5 vH gerechnet wurde, ist das Vorjahrsniveau vermutlich nicht erreicht worden. Dagegen sind die Subventionen 1985 erneut stärker gestiegen als geplant. Auch ist man in dem Bemühen, die Ausgaben für die staatliche Daseinsfürsorge zu kürzen, so daß mehr Spielraum für Eigeninitiative und Selbstvorsorge bleibt, nicht vorangekommen. Der Beitrag der Ausgabenseite zur Haushaltskonsolidierung war deshalb 1985 insgesamt eher bescheiden.

6. Stärker ins Gewicht fiel der kräftige Anstieg der staatlichen Einnahmen, vor allem des Steueraufkommens, das (in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen) 1985 mit reichlich 5 vH zunahm. Diese Entwicklung resultiert zu einem großen Teil aus dem deutlichen Anstieg des Körperschaftsteueraufkommens (1985: + 25 vH). Dieser Zuwachs dürfte sich aus der starken Weltmarktorientierung der Kapitalgesellschaften und den überdurchschnittlichen Gewinnen, die im Exportgeschäft erzielt wurden, erklären; zudem sind wohl auch die Erträge aus Finanzanlagen, die in den letzten Jahren erheblich aufgestockt worden sind, gestiegen. Aber auch die Lohnsteuereinnahmen erhöhten sich stärker als zu Jahresbeginn erwartet, vor allem, weil die Beschäftigungszunahme unterschätzt worden war.

7. Die volkswirtschaftliche Steuerquote dürfte 1985 auf fast 24 vH gestiegen sein. Der Zuwachs von etwa 0,4 Prozentpunkten entspricht einer Einnahmensteigerung von rund 7 Mrd. DM. Berücksichtigt man die Mehreinnahmen aus der Anhebung der Sozialversicherungsbeiträge (rund 1 Mrd. DM), so ist festzustellen, daß die Verminderung des Haushaltsdefizits 1985 vor allem durch höhere Einnahmen erreicht wurde.

8. Im Jahre 1986 wird sich das Defizit des Staates in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen voraussichtlich kaum verändern, obwohl die erste Stufe der Steuerreform in Kraft tritt und einige Transferausgaben (Erziehungsgeld, Wohngeld) erhöht werden. Damit setzt die Finanzpolitik im großen und ganzen ihren Konsolidierungskurs fort. Die Steuersenkung und die erweiterten Abschreibungsmöglichkeiten für Wirtschaftsbauten werden den Verbrauch und die Bautätigkeit anregen. Die staatlichen Ausgaben werden 1986 mit rund 4 vH etwas rascher expandieren als in den Vorjahren. Dies ist vor allem auf erhöhte Sozialleistungen, aber auch auf die Aufstockung öffentlicher Investitionen zurückzuführen. Hinzu kommen die zusätzlichen Zahlungen an die EG infolge der Süderweiterung.

9. Aufgrund der etwas stärkeren Zunahme des nominalen Sozialprodukts im Jahre 1986 werden die Steuereinnahmen – trotz Inkrafttretens der ersten Stufe der Steuerreform – in kassenmäßiger Abgrenzung voraussichtlich um etwa 4 vH steigen. Vor allem das Aufkommen der Steuern vom Umsatz wird wegen der konjunkturellen Belebung des privaten Verbrauchs nennenswert höher ausfallen. Aber auch die Körperschaftsteuer und die Gewer-

besteuer dürften beträchtliche Zusatzeinnahmen erbringen, freilich nicht mehr im gleichen Umfang wie 1985. Das Aufkommen an Kfz-Steuer wird – mit reichlich 20 vH – drastisch steigen, da der Anteil der steuerbegünstigten schadstoffarmen Pkw noch sehr niedrig ist und die nicht schadstoffarmen Pkw höher besteuert werden. Bei der Krankenversicherung ist mit einer Erhöhung der Beitragssätze um 0,3 vH zu rechnen. Auch wenn man die Senkung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung um 0,1 vH gegenrechnet, ergibt sich eine zusätzliche Belastung von Arbeitnehmern und Wirtschaft durch die Sozialbeiträge. Insgesamt wird die Abgabenquote – der Anteil der Steuern und Sozialbeiträge am Bruttosozialprodukt –, die 1985 auf rund 43 vH gestiegen war, 1986 um etwa einen halben Prozentpunkt abnehmen.

10. Wirtschaftlich und wirtschaftspolitisch ähnelt das Jahr 1985 in starkem Maße dem Jahr 1977. Beide Jahre sind durch eine relativ schwache Binnenkonjunktur, hohe Überschüsse in der Leistungsbilanz und abnehmende Budgetdefizite gekennzeichnet. Wie damals wird der Bundesregierung – vor allem von außen – verstärkt nahegelegt, mehr zu tun, um die inländische Nachfrage anzuregen. Auf zusätzliche Stimulierung der Nachfrage kommt es gegenwärtig jedoch ebensowenig an wie 1977. Die Aussichten für eine Belebung der Nachfrage sind ohnehin günstig. Wichtiger ist es indes, die Wachstumsbedingungen auf mittlere Sicht zu verbessern. Dazu ist vor allem eine durchgreifende steuerliche Entlastung notwendig. Die Steuersenkung wird in der öffentlichen Diskussion oft so dargestellt, als sei sie eine Maßnahme, bei der der Staat den Bürgern etwas gewähre. Dadurch werden die Zusammenhänge jedoch auf den Kopf gestellt. Tatsächlich werden Steuern zuerst einmal aus Einkommen gezahlt, die die Bürger durch eigene Anstrengungen am Markt verdienen müssen. Der Staat beansprucht einen erheblichen – und quasi-automatisch steigenden – Teil der individuellen Einkommen für sich, um diesen u.a. für kontraproduktive Subventionen und überzogene Transferleistungen auszugeben. Die Steuern senken bedeutet, weniger Geld mit fragwürdigem Nutzen und ohne Gegenleistung zu verteilen und statt dessen die Verfügung über das Einkommen stärker an jene zurückzugeben, die es erarbeitet haben. Damit würde der Anreiz, die Kapazitäten zu erweitern, neue Produkte zu erstellen und mehr zu leisten, zum Nutzen aller erhöht.

11. Berechnungen des Instituts für Weltwirtschaft zeigen, daß sich mehr Mut beim Subventionsabbau gesamtwirtschaftlich lohnt[1]. Eine Halbierung aller Subventionen in einem Zeitraum von fünf Jahren würde ermöglichen, die Belastung der Wirtschaft durch die Lohn- und Einkommensteuer sowie durch die Körperschaftsteuer um 30 vH zu senken; dies entspräche einer Steuerentlastung um 60 Mrd. DM. Diese kombinierte Strategie führte zu mehr Wachstum, erhöhte die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und bewirkte, daß mittelfristig rund eine Million Arbeitsplätze zusätzlich entstünden.

12. Es besteht kaum Hoffnung, daß es in dieser Legislaturperiode noch konkrete Beschlüsse über den Subventionsabbau gibt. Gleiches gilt wohl auch für Steuererleichterungen, die über die für den 1. Januar 1988 geplante Steuerreform hinausgehen. Um zu verhindern, daß die Steuerquote 1987 steigt, sollte die Bundesregierung nicht zögern, die zweite Stufe der Steuerreform vorzuziehen. Die Diskussion über steuerliche Erleichterungen für die nächste Legislaturperiode ist in vollem Gang. Die Forderung nach einer weiteren Senkung der Einkommensteuer findet breite Zustimmung. Die Bundesregierung sollte diesem Grundkonsens durch Verabschiedung einer grundlegenden Steuerentlastung noch vor der Bundes-

[1] Egbert Gerken et al., Mehr Arbeitsplätze durch Subventionsabbau. Institut für Weltwirtschaft, Kieler Diskussionsbeiträge, 113/114, Kiel, Oktober 1985.

tagswahl 1987 entsprechen. Sie könnte damit verhindern, daß die günstigere Haushaltslage des Staates zu zusätzlichen Ausgabenprogrammen mißbraucht wird und gleichzeitig demonstrieren, daß sie eine wachstumsorientierte Politik verfolgt. Ziel der Reform muß es sein, die Einkommensteuerbelastung deutlich zu senken und den steilen Anstieg der Grenzsteuersätze, der in dem gegenwärtigen System enthalten ist, zu beseitigen. Dem entspräche man am besten, wenn der Anstieg der Grenzbelastung von der unteren Proportionalzone bis zum Spitzensteuersatz linear wäre und der Spitzensteuersatz, ebenso wie der Körperschaftsteuersatz, auf unter 50 vH gesenkt würde.

### Monetäre Irritationen

13. Die Geldmenge M1, die bis zum Sommer 1985 nur schwach expandierte, ist im Herbst beschleunigt ausgeweitet worden. Anders als nach dieser Liquiditätsausweitung zu erwarten war, sind die Zinsen seit Ende September wieder leicht gestiegen. Wenn die unverzinslichen Sichteinlagen dennoch besonders kräftig zugenommen haben, so möglicherweise deshalb, weil nach den internationalen Vereinbarungen zur Abwertung des Dollars eher mit einem Zinsanstieg gerechnet wurde. Hinzu kommt, daß Aufwertungserwartungen erfahrungsgemäß ausländische Kunden veranlassen, ihre in DM fakturierten Rechnungen rascher als üblich zu bezahlen.

14. Die Bundesbank sollte erklären, daß sie in Zukunft ohne Einschränkung eine potentialorientierte Geldmengenpolitik verfolgt und davon auch nicht aufgrund von Wechselkurszielen abweicht. Angemessen wäre bei einem Potentialwachstum von knapp 2 vH und einem Preisanstieg von etwa 2 vH (gemessen am Deflator der Inlandsausgaben) eine Zunahme der Geldmenge M1 mit einer laufenden Rate von 4 vH. Es ist zu erwarten, daß die Bundesbank beschließt, die Zentralbankgeldmenge 1986 erneut mit einer Rate von 3-5 vH auszuweiten. Sie sollte die Zuwachsrate in der Mitte dieses Korridors halten.

Tatsächlich wird die Bundesbank aber wohl eine Geldmengenexpansion zulassen, die sich 1986 eher am oberen Rand des Zielbandes bewegt. Dafür spricht vor allem, daß sinkende Einfuhrpreise den Preisanstieg im Inland zunächst weiter dämpfen. Dazu werden die Aufwertung der DM im Europäischen Währungssystem (EWS) sowie gegenüber dem US-$ – es wird angenommen, daß der DM/$-Kurs bei etwa 2,50 bleibt – beitragen.

### Tarifabschlüsse unzureichend differenziert

15. Beurteilt man die Lohnpolitik nur nach dem durchschnittlichen Abschlußsatz, so wird der Blick für die eigentlichen Probleme am Arbeitsmarkt verstellt, nämlich dem strukturellen und regionalen Charakter des Phänomens. Die überdurchschnittliche Verschlechterung der Arbeitsmarktlage in bestimmten Regionen zeigt, daß die regionale Differenzierung der Entlohnung unzureichend war. Seit 1974 haben sich die Unterschiede in den Arbeitslosenquoten zwischen den Bundesländern vergrößert und zwar von damals 2,5 auf heute 10 Prozentpunkte. Die Arbeitslosenquote ist im Zeitraum 1974-1985 in Bayern und Baden-Württemberg weit weniger gestiegen als im Saarland, in Hamburg und in Bremen. Der Prozeß der regional zunehmenden Divergenzen vollzog sich relativ stetig (Tabelle 1).

16. Der Lenkungs- und Motivationsfunktion von Löhnen und Lohnunterschieden wird in der öffentlichen Debatte zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Auch die Einseitigkeit, mit der das Ziel, die Arbeitszeit flexibler zu machen, realisiert wurde, nämlich nur als deren Verkürzung, ist Hinweis darauf, daß die mikroökonomische Analyse des Problems zugunsten der makroökonomischen vernachlässigt wird. Allein aus mikroökonomischer Sicht ist

Tabelle 1 – Arbeitslosenquote nach Bundesländern 1974–1985 (vH[1])

| | 1974 | 1975 | 1980 | 1981 | 1982 | 1983 | 1984 | 1985[2] | 1985 gegenüber 1974 | Anstieg 1974 – 1985 (Prozentpunkte) |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Schleswig-Holstein .. | 3,2 | 5,2 | 4,2 | 6,4 | 9,1 | 10,5 | 10,7 | 10,3 | 3,2 | 7,1 |
| Hamburg ..... | 1,7 | 3,7 | 3,4 | 5,0 | 7,4 | 10,2 | 11,2 | 12,1 | 7,1 | 10,4 |
| Niedersachsen ..... | 3,2 | 5,5 | 4,7 | 6,8 | 9,5 | 11,3 | 11,9 | 11,4 | 3,6 | 8,2 |
| Bremen ..... | 2,7 | 4,5 | 5,3 | 7,2 | 10,1 | 13,1 | 13,8 | 15,1 | 5,6 | 12,4 |
| Nordrhein-Westfalen | 2,9 | 4,8 | 4,6 | 6,4 | 8,6 | 10,6 | 10,7 | 10,7 | 3,7 | 7,8 |
| Hessen ..... | 2,4 | 4,5 | 2,8 | 4,3 | 6,2 | 7,6 | 7,4 | 6,8 | 2,8 | 4,4 |
| Rheinland-Pfalz ..... | 2,8 | 5,1 | 3,8 | 5,4 | 7,1 | 8,5 | 8,3 | 7,8 | 2,8 | 5,0 |
| Saarland ..... | 3,9 | 6,1 | 6,5 | 8,1 | 9,7 | 11,8 | 12,7 | 12,9 | 3,3 | 9,0 |
| Baden-Württemberg | 1,4 | 3,5 | 2,3 | 3,3 | 4,8 | 5,9 | 5,6 | 5,1 | 3,6 | 3,7 |
| Bayern ..... | 2,7 | 5,2 | 3,5 | 5,1 | 6,9 | 8,1 | 7,8 | 6,4 | 2,4 | 3,7 |
| Berlin ..... | 2,0 | 3,7 | 4,3 | 5,8 | 8,7 | 10,4 | 10,2 | 9,3 | 4,7 | 7,3 |
| Differenz zwischen der höchsten und niedrigsten Arbeitslosenquote ..... | 2,5 | 2,6 | 4,2 | 4,8 | 5,3 | 7,2 | 8,2 | 10,0 | – | – |

[1] Jahresdurchschnitt. – [2] September.

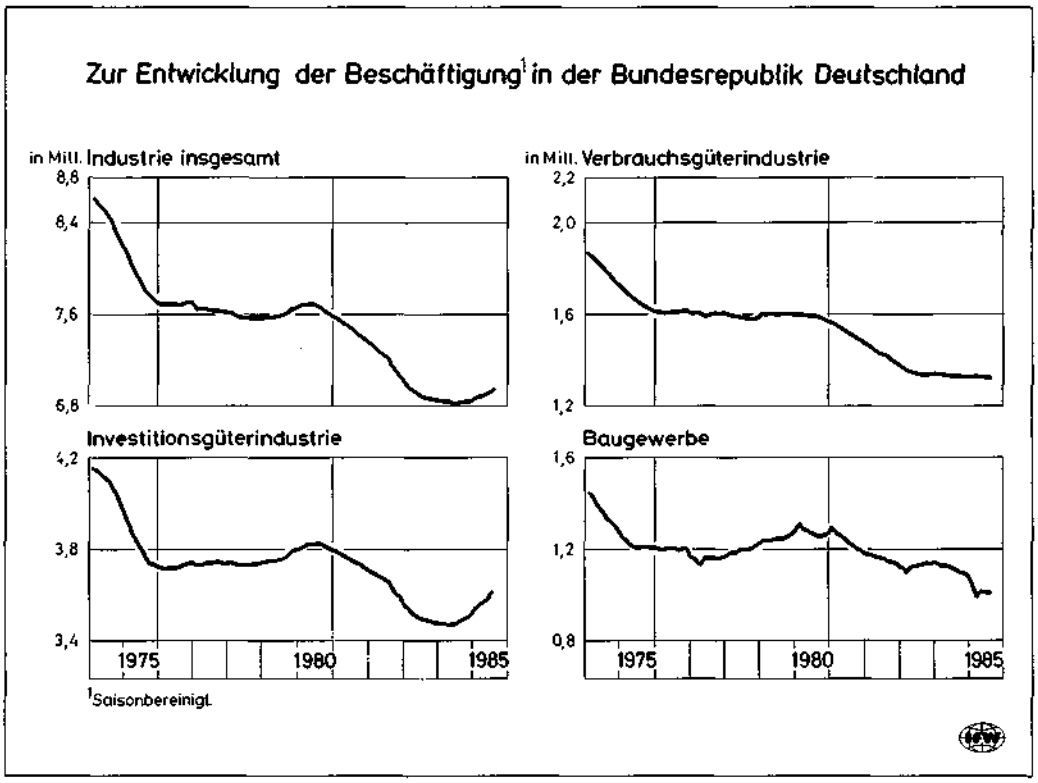
Quelle: Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit, Arbeitsstatistik 1983 und 1984. Nürnberg.

jedoch verständlich, daß Mehranstrengungen von Unternehmern, Ingenieuren und Verkäufern die Chance der weniger Qualifizierten erhöht. Kollektiv vermehrte Freizeit, sei es als verkürzte Lebens-, Jahres- oder Wochenarbeitszeit, die zum neuen Standard für die Gesellschaft in allen Bereichen geworden ist, entzieht jedoch der Wirtschaft in immer stärkerem Maße jene Kräfte, die für eine dynamische Entwicklung unentbehrlich sind.

17. Im Jahre 1985 kam es, wie schon im zweiten Halbjahr 1984, zu einem Anstieg der Beschäftigung. Insgesamt dürfte die Zahl der Beschäftigten um reichlich 200 000 gestiegen sein. Träger des Beschäftigungsanstiegs waren die verarbeitende Industrie, hier insbesondere der Investitionsgüterbereich, und der Bereich der sonstigen Dienstleistungen. Es gibt zahlreiche Hinweise darauf, daß ein nennenswerter Teil der zusätzlich Beschäftigten Teilzeitkräfte sind. Freilich spricht vieles dafür, daß die strukturell bedingte Arbeitslosigkeit kaum sinkt, ja möglicherweise sogar noch weiter steigt. So ist der Rückgang der Beschäftigung in der Bauwirtschaft außerordentlich ausgeprägt (Schaubild 2).

18. Es ist wahrscheinlich, daß in der Lohnrunde 1986 trotz geringerer Preissteigerungsrate die Abschlußsätze mit rund 4 vH höher liegen werden als 1985. Darauf deuten die bekanntgewordenen ersten Forderungen der Gewerkschaften ebenso hin wie die Erklärungen der öffentlichen Arbeitgeber und die Planungen von Unternehmen. Aus den genannten Informationen läßt sich auch ableiten, daß eine Differenzierung der Abschlüsse nicht im Vordergrund stehen dürfte; im Gegenteil, teilweise laufen die Lohnforderungen auf erneute Nivellierungstendenzen bei den Tariflöhnen hinaus. Würde dem entsprochen, so stiege die Gefahr der Arbeitslosigkeit besonders für jene Gruppen, die heute schon am stärksten davon betroffen sind.

Schaubild 2




**Arbeitsmarktpolitik: Abkehr von staatlicher Beschäftigungsgarantie fällt schwer**

19. Mit dem Beschäftigungsförderungsgesetz hat die Bundesregierung das Abschließen befristeter Arbeitsverträge erleichtert. Die Regelungen sind jedoch in mancher Hinsicht mit Einschränkungen behaftet; ihre Geltungsdauer ist zudem zeitlich begrenzt. Solch zögerndes Vorgehen ist wohl kaum ein offensiver Schritt in Richtung auf mehr Markt. Die Tatsache, daß das Mehr an privater Dispositionsfreiheit später wieder zur Disposition stehen könnte, signalisiert eher wirtschaftspolitisches Mißtrauen gegenüber dezentralen Marktlösungen. Die wiederholten Appelle zum Abbau von Überstunden lassen Zweifel aufkommen, ob die Wirtschaftspolitik an der Bereitschaft und am Können des Einzelnen ausgerichtet ist. Dies gilt auch für die Entscheidung, die Überschüsse der Bundesanstalt für Arbeit nicht zu einer kräftigen Senkung der Beitragssätze zur Arbeitslosenversicherung zu nutzen, was die Lohnnebenkosten merklich vermindert hätte, sondern für zusätzliche Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und eine Qualifizierungsoffensive auszugeben. Da staatliche Instanzen kaum ein überlegenes Wissen über zukünftige Arbeitsmarktstrukturen für sich in Anspruch nehmen können, ist die Gefahr groß, daß die Mittel ineffizient verwendet werden.

**Wirtschaftliche Besserung hält 1986 an**

20. Aufgrund der leicht expansiven Ausrichtung der Finanz- und Geldpolitik dürfte sich die wirtschaftliche Erholung in der Bundesrepublik Deutschland 1986 fortsetzen, obwohl die Impulse aus dem Ausland sich abschwächen. Das reale Sozialprodukt wird 1986 voraussicht-

lich um etwa 3 vH zunehmen (Tabelle 2). Anders als 1984 und 1985 wird dieser Anstieg vor allem auf eine stärkere Nachfrage aus dem Inland zurückzuführen sein. Die Zahl der Beschäftigten wird weiter steigen, jedoch dürfte dies die registrierte Arbeitslosigkeit nur wenig vermindern, da ein Teil der zusätzlich beschäftigten Arbeitskräfte aus der stillen Reserve kommt. Angesichts der nur moderaten Aufwärtsbewegung ist – anders als in früheren Konjunkturzyklen – kaum mit Überhitzungserscheinungen zu rechnen.

**Schwindende Dynamik der Ausfuhr**

21. Das Expansionstempo der realen Warenausfuhr ist im Jahre 1985 deutlich zurückgegangen (Schaubild 3). Seit Jahresbeginn sind die Exporte nur noch mit einer laufenden Jahresrate von etwa 4 vH gestiegen, dies ist im Vergleich zu den 12 vH im Jahre 1984 eine deutliche Verlangsamung. Die Lieferungen reagierten damit auf die Dämpfung der konjunkturellen Expansion in den westlichen Industrieländern. Allerdings wird die Abschwächung des Exportzuwachses durch Sondereinflüsse überzeichnet. So ging der Export von Luftfahrzeugen – wohl aus produktionstechnischen Gründen – im Sommerhalbjahr vorübergehend zurück. Bei Eisen und Stahl führten handelspolitische Absprachen und Hemmnisse – insbesondere im Handel mit den Vereinigten Staaten – zu einem Rückgang der Exporte.

22. Besonders drastisch war die Tempoänderung bei der Ausfuhr in die Vereinigten Staaten. Bis zum Frühjahr 1985 lag die laufende Zunahmerate über 20 vH, seit Mitte des Jahres stagnieren die Lieferungen. Mit deutlicher Verzögerung dürfte sich hierin die merkliche Abschwächung der konjunkturellen Expansion in den Vereinigten Staaten, die im Herbst 1984 einsetzte, bemerkbar gemacht haben. Eine Rolle beginnt aber wohl auch die kräftige Abwertung des US-$ gegenüber der DM im Frühjahr 1985 zu spielen, die die deutschen Exportgüter auf dem amerikanischen Markt verteuert und/oder die Gewinnspannen der deutschen Exporteure eingeengt hat.

23. Die Ausfuhr in die westeuropäischen Länder expandierte seit Anfang 1985 langsamer als zuvor. Angesichts der nur mäßigen konjunkturellen Erholung in Westeuropa erzielten die deutschen Anbieter aber immer noch beträchtliche Exporterfolge. Ihnen kam zugute, daß sich ihre preisliche Wettbewerbsfähigkeit wegen der realen Abwertung der DM gegenüber diesen Ländern verbesserte. Auch die Struktur der Nachfrage, mit dem Gewicht auf Investitionsgütern und Kraftfahrzeugen, begünstigte den deutschen Export.

24. Mit unvermindertem Tempo nahm der Export in die Staatshandelsländer zu. Zwar stagnierten die Lieferungen in die Sowjetunion, dem größten Abnehmer dieser Ländergruppe. Starke Zuwächse waren aber im Export nach China zu verzeichnen. Die Ausfuhr dorthin hat sich innerhalb eines Jahres verdreifacht. China nimmt z.Z. in dieser Ländergruppe mit nur noch geringem Abstand hinter der Sowjetunion den zweiten Platz ein.

Die Ausfuhr in die OPEC-Länder ging zurück, die in die übrigen Entwicklungsländer stagnierte. Bei den OPEC-Ländern führten sinkende Preise für Erdöl und Verlust von Marktanteilen beim Absatz von Erdöl zu einem anhaltenden Rückgang der Exporterlöse. Fallende Preise auf den Weltrohstoffmärkten und Verschuldungsprobleme zahlreicher Länder dämpften die Importnachfrage der übrigen Entwicklungsländer.

25. Im Jahre 1986 wird die reale Warenausfuhr nur noch in moderatem Tempo expandieren. Die laufende Rate dürfte bei 4 vH liegen und damit etwa so hoch sein wie die Zunahme des Welthandels. In Westeuropa, wohin etwa zwei Drittel der deutschen Ausfuhr gehen, dürften Tempo und Struktur der Nachfrage etwa gleich bleiben. Damit werden deutsche Investitionsgüter und Kraftfahrzeuge weiterhin nachgefragt werden. Gegenüber diesen

Tabelle 2 - Eckdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland
- Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH -

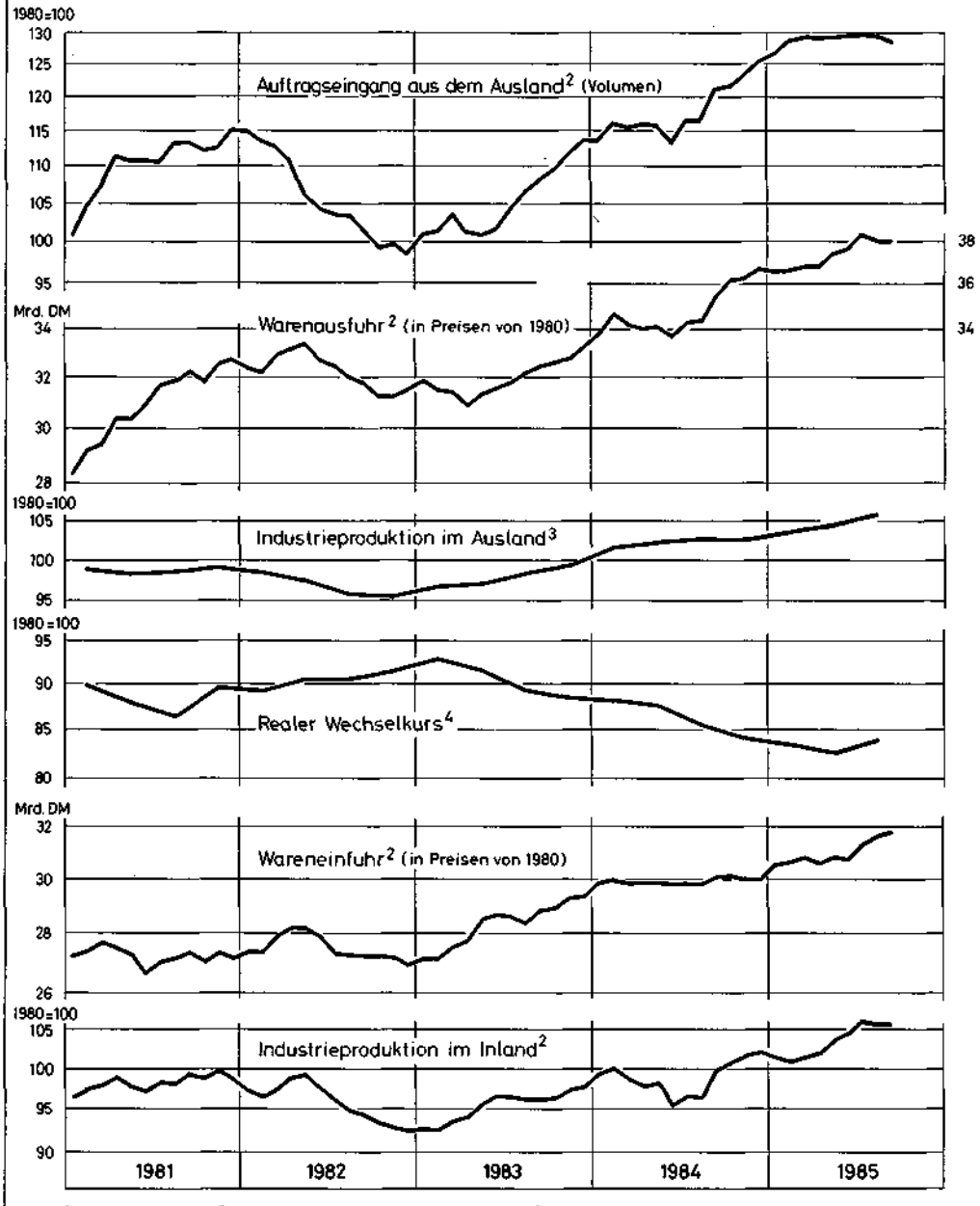
| | 1981 | 1982 | 1983 | 1984 | 1985[1] | 1986[1] |
|---|---|---|---|---|---|---|
| Verwendung des Bruttosozialprodukts in jeweiligen Preisen | | | | | | |
| Privater Verbrauch | 5,6 | 3,4 | 4,3 | 3,1 | 3,5 | 5,0 |
| Staatsverbrauch | 6,8 | 2,5 | 3,2 | 4,1 | 4,0 | 4,5 |
| Ausrüstungsinvestitionen | 0,2 | -2,2 | 8,6 | 1,5 | 13,0 | 8,5 |
| Bauinvestitionen | -0,2 | -2,7 | 3,2 | 4,1 | -8,0 | 2,5 |
| Vorratsveränderung (Mrd. DM) | (-11,40) | (-11,50) | (-1,50) | (11,30) | (14,0) | (15,5) |
| Ausfuhr | 14,2 | 7,3 | 1,7 | 11,6 | 11,5 | 7,5 |
| Einfuhr | 9,8 | 2,8 | 1,5 | 10,3 | 8,0 | 5,0 |
| Außenbeitrag (Mrd. DM) | (15,25) | (37,47) | (39,14) | (50,14) | (75,0) | (96,0) |
| Bruttosozialprodukt | 4,0 | 3,4 | 4,9 | 4,6 | 4,5 | 6,0 |
| Verwendung des Bruttosozialprodukts in Preisen von 1980 | | | | | | |
| Privater Verbrauch | -0,5 | -1,3 | 1,1 | 0,6 | 1,5 | 3,0 |
| Staatsverbrauch | 1,8 | -0,8 | 0,3 | 2,4 | 1,5 | 1,5 |
| Ausrüstungsinvestitionen | -4,3 | -6,7 | 5,6 | -0,5 | 10,0 | 6,0 |
| Bauinvestitionen | -5,1 | -4,3 | 1,7 | 1,6 | -9,0 | 1,0 |
| Vorratsveränderung (Mrd. DM) | (-10,70) | (-9,60) | (-2,50) | (9,20) | (12,0) | (13,0) |
| Ausfuhr | 8,2 | 3,2 | -0,2 | 8,0 | 8,0 | 5,5 |
| Einfuhr | -1,2 | -0,1 | 0,8 | 5,5 | 5,0 | 5,5 |
| Außenbeitrag (Mrd. DM) | (36,64) | (51,75) | (47,78) | (62,30) | (81,0) | (85,0) |
| Bruttosozialprodukt | 0 | -1,0 | 1,5 | 2,7 | 2,25 | 3,0 |
| Preisniveau des Bruttosozialprodukts (1980 = 100) | | | | | | |
| Privater Verbrauch | 6,2 | 4,7 | 3,2 | 2,4 | 2,0 | 2,0 |
| Ausrüstungsinvestitionen | 4,8 | 5,0 | 2,8 | 2,0 | 2,5 | 2,5 |
| Bauinvestitionen | 4,9 | 1,7 | 1,5 | 2,5 | 1,0 | 1,5 |
| Ausfuhr | 5,6 | 4,0 | 1,8 | 3,3 | 3,0 | 2,0 |
| Einfuhr | 11,1 | 3,0 | 0,7 | 4,5 | 3,0 | -0,5 |
| Bruttosozialprodukt | 4,0 | 4,4 | 3,3 | 1,9 | 2,0 | 2,5 |
| Entstehung des Bruttoinlandsprodukts in Preisen von 1980 | | | | | | |
| Arbeitsvolumen | -1,9 | -2,2 | -1,2 | -0,2 | 0 | 0,5 |
| Produktivität | 2,1 | 1,6 | 2,4 | 2,8 | 2,25 | 2,5 |
| Bruttoinlandsprodukt | 0,2 | -0,6 | 1,2 | 2,6 | 2,25 | 3,0 |
| Einkommensverteilung | | | | | | |
| Volkseinkommen | 3,4 | 3,1 | 4,8 | 4,7 | 5,0 | 6,0 |
| Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen | 0 | 5,5 | 12,5 | 8,6 | 8,0 | 9,5 |
| Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit | 4,6 | 2,2 | 2,1 | 3,2 | 3,5 | 4,5 |
| in vH des Volkseinkommens | 74,4 | 73,8 | 71,8 | 70,8 | 70,0 | 69,0 |
| Lohnkosten je Produkteinheit[2] | 4,3 | 3,1 | 1,2 | 0,7 | 1,5 | 1,5 |
| Staat[3] | | | | | | |
| Einnahmen | 4,4 | 4,8 | 4,3 | 5,2 | 5,0 | 4,0 |
| Ausgaben | 6,1 | 3,9 | 2,6 | 4,0 | 3,0 | 4,0 |
| Finanzierungssaldo (Mrd. DM) | (-56,6) | (-52,5) | (-41,2) | (-33,8) | (-20,0) | (-20,0) |
| Arbeitslose (Mill.) | 1,27 | 1,83 | 2,26 | 2,27 | 2,30 | 2,15[4] |
| Saldo der Leistungsbilanz (Mrd. DM) | -12,4 | 8,2 | 10,5 | 17,8 | 40,0 | 55,0 |

[1] Geschätzt. - [2] Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je Beschäftigten bezogen auf auf das Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen. - [3] Gebietskörperschaften und Sozialversicherung. - [4] Wegen der 58er-Regelung um 100 000 niedriger (vgl. Ziff. 45).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik, Wiesbaden 1985, H. 9. - Eigene Schätzungen.

Schaubild 3

## Zur Ausfuhr- und Einfuhrentwicklung[1] der Bundesrepublik Deutschland




[1]Saisonbereinigt. - [2]Gleitende Dreimonatsdurchschnitte. - [3]Gewichteter Index der Industrieproduktion von Belgien, Frankreich, Italien, Japan, den Niederlanden, dem Vereinigten Königreich, Österreich, Schweden, Schweiz und den Vereinigten Staaten; als Gewicht dienten die Anteile an der deutschen Ausfuhr. - [4] Gegenüber den genannten zehn Industrieländern auf Basis der Verbraucherpreise und gewichtet mit den Welthandelsanteilen.

Ländern dürfte auch die preisliche Wettbewerbslage weiterhin günstig sein. Eine Aufwertung der DM innerhalb des EWS, die wohl im Frühjahr 1986 zu erwarten ist, wird die Verbesserung der Wettbewerbsposition, die sich im Verlauf der letzten Jahre ergeben hat, wohl nur teilweise korrigieren.

26. Das Expansionstempo in den Vereinigten Staaten, das sich zuletzt wieder leicht verstärkt hat, wird sich 1986 gegenüber dem Vorjahr nur wenig ändern. Die deutliche Aufwertung der DM gegenüber dem US-$ dürfte allerdings fortwirken und die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Anbieter bzw. deren Exporterlöse beeinträchtigen. Deshalb kann im nächsten Jahr allenfalls mit einer geringen Zunahme der deutschen Ausfuhr in die Vereinigten Staaten gerechnet werden.

Die wirtschaftliche Lage in den OPEC-Ländern und den übrigen Entwicklungsländern wird sich 1986 kaum ändern. Die Preise für Erdöl und andere Rohstoffe werden weiterhin unter Druck stehen, und die Verschuldungsprobleme werden sich nicht entspannen. So ist kaum damit zu rechnen, daß die Exporte in die Entwicklungsländer insgesamt zunehmen werden, zumal auch die Aufwertung der DM gegenüber dem US-$ zu Wettbewerbseinbußen führte.

**Weiterhin deutliche Zunahme der Ausrüstungsinvestitionen**

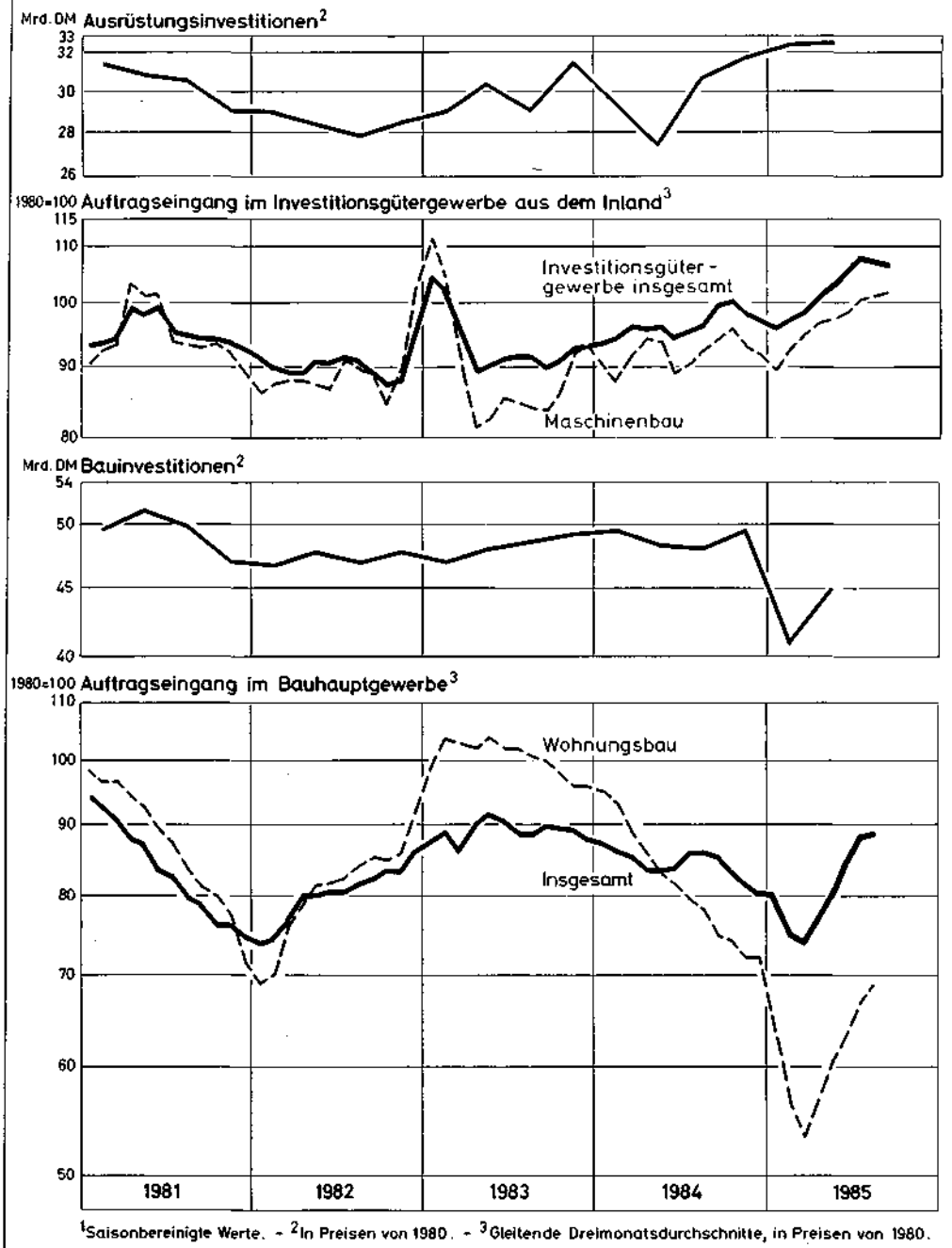
27. Die Ausrüstungsinvestitionen sind von Ende 1982 bis Ende 1985 mit einer durchschnittlichen jährlichen Rate von 6 vH gestiegen. Impulse kamen vor allem von der günstigen Exportkonjunktur, die sowohl die Kapazitätsauslastung als auch die Gewinne deutlich erhöhte. Der anhaltend stark steigende Umsatz mit ADV-Geräten zeigt aber auch, daß der technische Wandel stimulierend gewirkt hat. Die Entwicklung der Investitionen war freilich sehr unstetig (Schaubild 4). Nachdem viele Projekte wegen der Investitionszulage in das Jahr 1983 vorgezogen worden waren, kam es im ersten Halbjahr 1984, auch aufgrund des Streiks, zu einem deutlichen Rückgang der Investitionstätigkeit. Seit dem Sommer 1984 sind die Investitionen im Durchschnitt wieder mit einer Rate von etwa 6 vH gestiegen.

28. Insgesamt sprechen die anhaltend günstige Kapazitätsauslastung und weiter steigende Gewinne für eine Fortsetzung der lebhaften Investitionstätigkeit. Zwar sind zuletzt die Absatzerwartungen der Unternehmen im Auslandsgeschäft angesichts der realen DM-Aufwertung und der schwächeren Konjunktur in den Vereinigten Staaten gedämpft worden. Mit dem Anstieg der Realeinkommen werden sich jedoch die Absatzchancen im Inland verbessern. Durch diese Verlagerung der Nachfrage dürfte die Basis der Investitionstätigkeit etwas breiter werden. Freilich sollte bedacht werden, daß die Kapazitätsauslastung in einigen binnenwirtschaftlich ausgerichteten Bereichen bislang noch vergleichsweise niedrig ist. Hinzu kommt, daß hier viele Branchen (Bauwirtschaft, Landwirtschaft) mittelfristig einen weiteren Kapazitätsabbau hinnehmen müssen.

29. Die Gewinnerwartungen der Unternehmen dürften 1986 günstig bleiben, u.a. deshalb, weil günstigere Regelungen für die Abschreibungen auf Betriebsgebäude in Kraft treten und die Kapitalkosten wegen fallender Zinsen sinken werden. Die Forderungen für die kommende Tarifrunde signalisieren allerdings, daß die Tariflöhne wohl stärker als in den Vorjahren erhöht werden. Hinzu kommt, daß auch die Lohnnebenkosten (Anhebung der Krankenversicherungsbeiträge) weiter steigen. Insgesamt dürfte sich die Ertragslage aufgrund der Nachfragebelebung jedoch weiter verbessern. Da eine stärkere qualifikationsbezogene, regionale und branchenspezifische Differenzierung der Lohnabschlüsse nicht zu erwarten ist, dürften Investitionen in arbeitsparende Anlagen weiterhin im Vordergrund stehen. Dazu trägt auch bei, daß sinkende Zinsen und günstige Eigenfinanzierungsbedingungen die Kapitalkosten reduziert haben.

Schaubild 4

## Zur Entwicklung der Anlageinvestitionen[1] in der Bundesrepublik Deutschland




[1]Saisonbereinigte Werte. - [2]In Preisen von 1980. - [3]Gleitende Dreimonatsdurchschnitte, in Preisen von 1980.

Unternehmensbefragungen im Herbst 1985 signalisieren für die Industrie eine Zunahme der realen Investitionen um rund 7 vH[2]. Da für eine Reihe anderer Wirtschaftsbereiche (Baugewerbe, Landwirtschaft, Handel) eine weniger günstige Entwicklung zu erwarten ist, scheint ein Anstieg der Ausrüstungsinvestitionen um etwa 6 vH wahrscheinlich.

Die stärksten Impulse für die Investitionstätigkeit werden 1986 vom Investitionsgüterbereich selbst kommen. In diesem Sektor herrscht gegenwärtig annähernd Vollauslastung, so daß eine Ausweitung der Kapazitäten erforderlich ist. Das Erweiterungsmotiv dürfte aber auch in anderen Bereichen leicht an Bedeutung gewinnen. Hinzu kommt die Umstellung auf neue rechnergesteuerte Fertigungstechniken. Nach wie vor bleiben die Investitionen jedoch vor allem daran ausgerichtet, Kosten zu senken. Nachdem die Investitionen der Bauwirtschaft seit 1980 um rund 40 vH zurückgegangen sind, dürften sie 1986 erstmals wieder leicht steigen, dabei wird der Ersatz alter Anlagen im Vordergrund stehen.

### Bautätigkeit: Stabilisierung auf niedrigem Niveau

30. Seit Mitte 1984 nimmt die Bautätigkeit ab (Schaubild 4). Deutlich sichtbar wurde die Krise in der Bauwirtschaft jedoch erst im Jahre 1985. So unterschritten die Bauinvestitionen im ersten Halbjahr das entsprechende Niveau des Vorjahres um rund 12 vH. Zu diesem außerordentlich kräftigen Rückgang haben freilich der strenge Winter und das wegen des Auslaufens steuerlicher Förderungsmaßnahmen bedingte Vorziehen von Bauinvestitionen in das Jahr 1984 beigetragen. Während der Sommermonate stieg die Bautätigkeit wieder etwas. Das Produktionsniveau blieb aber deutlich unter dem Vorjahrsstand. Die Talfahrt der Bauwirtschaft hat sich nicht nur in einem kräftigen Rückgang der Beschäftigung, sondern auch in einer starken Zunahme der Konkurse und einer außerordentlich schwachen Investitionstätigkeit niedergeschlagen.

31. Besonders betroffen ist der Wohnungsbau, wo die Bautätigkeit bis zuletzt abwärtsgerichtet war. Hier scheint die Produktion immer noch nicht in vollem Umfang an die zuvor besonders kräftig gesunkene Nachfrage angepaßt worden zu sein. Im Wirtschaftsbau und im öffentlichen Bau hat sich dagegen die Produktion stabilisiert, hier hat sich die Nachfrage schon seit Ende 1984 belebt. Insgesamt dürften die Bauinvestitionen im Jahre 1985 um rund 9 vH unter dem Vorjahr liegen, im Wohnungsbau sogar um etwa 15 vH. Der Preisanstieg kam angesichts des intensiven Wettbewerbs fast zum Stillstand.

Wie ausgeprägt der derzeitige strukturelle Anpassungsprozeß im Wohnungsbau ist, zeigt die Entwicklung der Baugenehmigungen (Schaubild 5). Nachdem von Mitte der siebziger Jahre bis 1984 im Durchschnitt noch jeweils rund 375 000 Wohnungen pro Jahr genehmigt wurden, waren es 1985 nur noch etwa 240 000 Wohnungen. Damit ist 1985 bereits ein großer Schritt bei der Anpassung des Wohnungsneubaus an die mittelfristig zu erwartende Wohnungsnachfrage erfolgt[3].

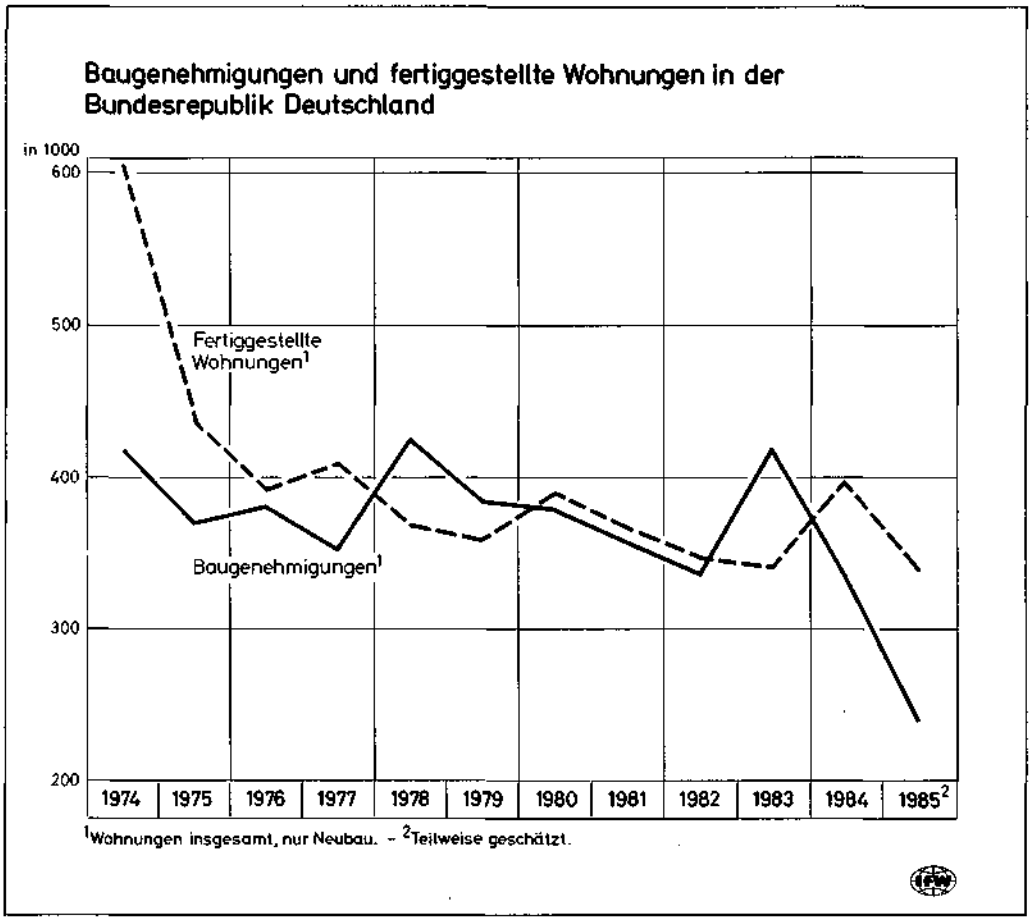
32. Gemessen an der Entwicklung der Auftragseingänge scheint im Wohnungsbau der Rückgang der Nachfrage beendet zu sein (Schaubild 4). Die weitere Entwicklung wird jedoch durch ein nach wie vor bestehendes hohes Angebot an Immobilien belastet. Mehr und mehr scheint sich auch bei institutionellen Anlegern die Ansicht durchzusetzen, daß in

---

[2] Vgl. F. Neumann, *Industrieinvestitionen wachsen kräftig – Investitionen im Baugewerbe stabilisieren sich auf niedrigem Niveau*. Ifo-Schnelldienst, 38. Jg., 1985, Heft 32, S. 3-11.

[3] Vgl. dazu: Bonner Wirtschaftsgipfel im Zeichen schwächerer Konjunktur. Institut für Weltwirtschaft, Kieler Diskussionsbeiträge, 106, Kiel, März 1985, S. 39.

Schaubild 5




nächster Zeit kaum mit einer erneuten inflationsbedingten Wertsteigerung von Immobilien zu rechnen ist, die eine solche Anlage angesichts der hohen Zinsbelastung rentabel macht. Dagegen wird die Nachfrage dadurch begünstigt, daß die Baupreise nahezu stabil und die Baulandpreise sogar zurückgegangen sind. Angesichts der nach wie vor hohen Arbeitslosigkeit und der weiter steigenden Abgabenbelastung dürften sich die mittelfristigen Einkommenserwartungen allerdings nur wenig verbessern, selbst wenn die Realeinkommen 1986 wieder verstärkt expandieren. Von den finanzpolitischen Maßnahmen gehen gegensätzliche Wirkungen aus. So wird der Bau von Mehrfamilienhäusern nach dem Auslaufen der Mehrwertsteueroption durch Kürzungen im sozialen Wohnungsbau gedämpft. Nachfrageanregend dürfte die Aufstockung der Mittel zur Stadterneuerung wirken, die auch privaten Bauherren zufließen. Ob es im Bereich der Ein- und Zweifamilienhäuser wegen der steuerlichen Neuregelungen ab 1.1.1987 zu Vorzieheffekten oder zu Attentismus kommt, ist schwer auszumachen. Zwar werden die Abschreibungshöchstbeträge gemäß § 7b EStG von 200 000 auf 300 000 DM erhöht, dafür entfällt aber der Schuldzinsenabzug. Da die Zahl der fertiggestellten Wohnungen im Jahre 1985 beträchtlich über der Zahl der neu bewilligten Wohnungen liegt, dürfte der Bauvorrat, über den die Wohnungsbauunternehmen zu Beginn des Jahres 1986 verfügen, stark geschrumpft sein. Insgesamt muß daher im Durchschnitt des

Jahres 1986 – selbst, wenn sich die Nachfrage weiter leicht belebt – nochmals mit einem Rückgang der Wohnungsbauinvestitionen gerechnet werden.

33. Der Wirtschaftsbau profitiert vom besseren Investitionsklima. Diese Entwicklung dürfte auch 1986 anhalten. Die günstigeren Abschreibungsbedingungen für Betriebsgebäude und die Aufstockung des Mittelstandsprogramms tragen zur Nachfragebelebung bei. Auch Bundesbahn und Bundespost verstärken ihre Investitionstätigkeit. Damit ist nach dem Rückgang in den Vorjahren wieder mit einem deutlichen Anstieg der Investitionen im Wirtschaftsbau zu rechnen.

34. Im öffentlichen Bau gehen Impulse vor allem von der Nachfrage der Kommunen aus, da sich deren Haushaltslage entspannt hat. Hinzu kommt, daß die Bundesmittel für die Städtebauförderung für die Jahre 1986 und 1987 verdreifacht wurden und sich damit auf jeweils rund 1 Mrd. DM belaufen. Daneben stellen die Kreditanstalt für Wiederaufbau und die Lastenausgleichsbank vermehrt zinsgünstige Mittel zur Förderung der kommunalen Bauinvestitionen zur Verfügung. Dies läßt erwarten, daß 1986 die öffentlichen Bauinvestitionen erstmals wieder nennenswert zunehmen.

Insgesamt dürfte sich die Bautätigkeit im Jahre 1986 – wenn auch auf niedrigerem Niveau – wieder stabilisieren. Wegen der noch vergleichsweise ungünstigen Entwicklung im Wohnungsbau dürfte sich für die Bauinvestitionen insgesamt jedoch nur ein leichter Anstieg um etwa 1 vH ergeben.

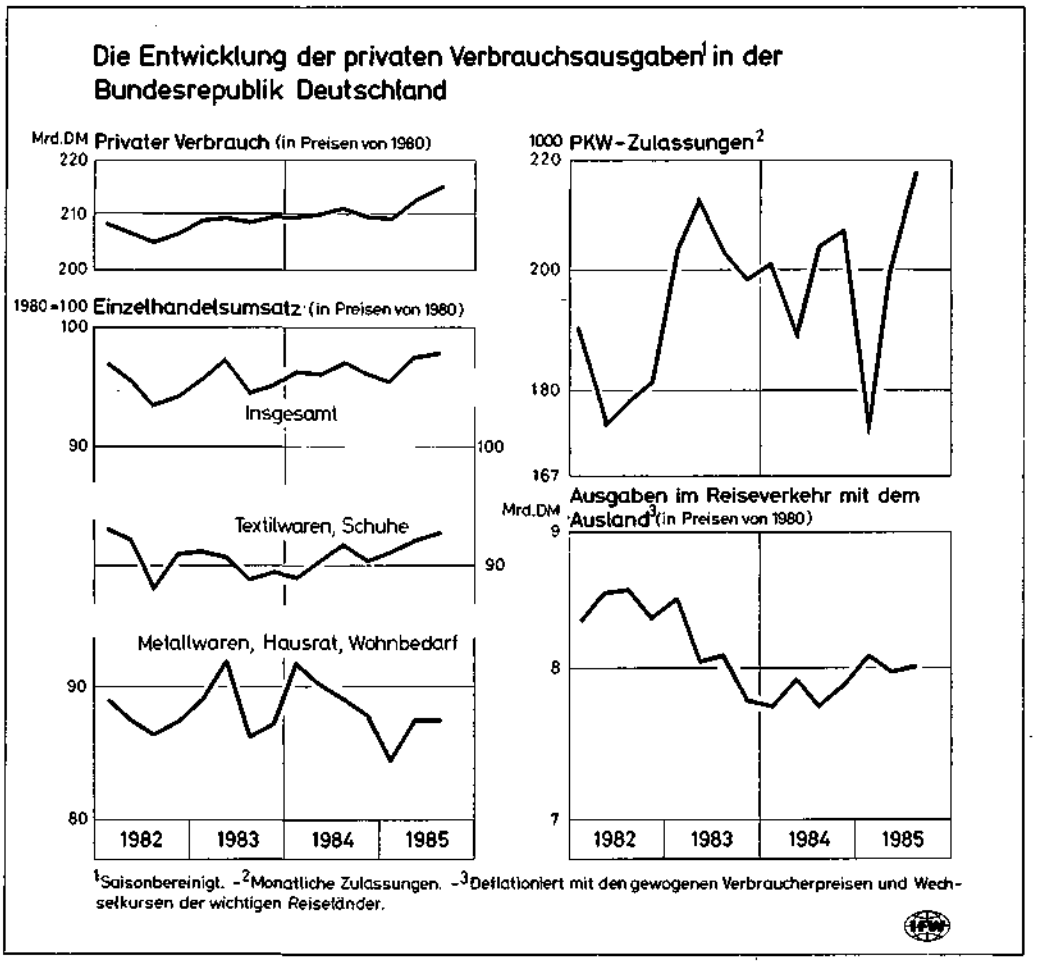
**Privater Verbrauch nimmt kräftig zu**

35. Wie das verfügbare Realeinkommen der privaten Haushalte expandierte auch der private Verbrauch im bisherigen Verlauf des Konjunkturaufschwungs nur mit mäßigem Tempo (Schaubild 6). Kurzfristig kam es dabei zu deutlichen Schwankungen. Im zweiten Quartal 1985 holten die Konsumenten z.B. die Käufe von Pkw teilweise nach, die sie zu Beginn des Jahres wegen der Ungewißheit über die steuerliche Förderung von schadstoffarmen Autos zurückgestellt hatten. Nach der Stagnation im ersten Quartal 1985 nahm der private Verbrauch im zweiten Quartal sprunghaft zu.

36. Nach der Jahresmitte setzte sich die Expansion der privaten Verbrauchsnachfrage fort. Dabei stiegen die Käufe von Pkw nochmals deutlich. In zunehmendem Maße kauften die privaten Haushalte auch Güter der Unterhaltungselektronik. Die Ausgaben für Auslandsreisen hielten sich seit Jahresbeginn preisbereinigt auf dem gestiegenen Niveau, was angesichts der deutlichen Preiserhöhungen in den Reiseländern – ohne daß deren Währungen entsprechend abgewertet wurden – eine nennenswerte Zunahme der nominalen Ausgaben bedeutete. Die Käufe von Hausrat liegen dagegen weiterhin merkbar unter dem Niveau des Vorjahres. Dies ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß bis zum Herbst deutlich weniger Wohnungen fertiggestellt wurden als im entsprechenden Vorjahrszeitraum.

37. Im Jahre 1986 dürfte der private Verbrauch verstärkt expandieren. Dafür spricht, daß das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte deutlich schneller als bisher steigen wird. Die Beschäftigung wird leicht zunehmen, und die Lohnabschlüsse werden wohl höher sein als 1985, weil, anders als im Vorjahr, bei der kommenden Lohnrunde offenbar mehr Wert auf erhöhte Einkommen als auf verkürzte Arbeitszeit gelegt wird. Es kann auch damit gerechnet werden, daß mit zunehmender Dauer des Aufschwungs und Knappheit bei bestimmten Facharbeitern die Lohndrift wieder zunimmt. Anders als in den Vorjahren wird wegen der Steuerreform zum 1.1.1986 das Nettoeinkommen stärker steigen als das Bruttoeinkommen. Auch die Transfereinkommen werden etwas schneller als bisher expandieren, weil einige

Schaubild 6




Sozialleistungen aufgestockt werden (Erhöhung des Kindergeldes, des Wohngeldes und der Sozialhilfe sowie Einführung des Erziehungsgeldes). Die Sozialrenten steigen nach Abzug des Krankenkassenbeitrags etwas stärker als im Vorjahr. Da die Gewinne und Vermögenseinkommen weiter zunehmen, werden wahrscheinlich auch die Entnahmen steigen, auch hier z.T. begünstigt durch die Steuerentlastung zum Jahresbeginn.

38. Insgesamt dürfte der Anstieg des verfügbaren Realeinkommens der privaten Haushalte mit 3 vH etwa doppelt so hoch sein wie 1985. Angesichts der anhaltenden konjunkturellen Besserung mit leicht sinkender Arbeitslosigkeit wird die Sparquote der privaten Haushalte wohl nicht steigen. Zwar begünstigt die Steuerentlastung 1986 besonders diejenigen Einkommensbezieher, die eine unterdurchschnittliche Sparquote haben (Familien mit Kindern, Bezieher mittlerer Einkommen), die Risiken der Rentenversicherung dürften aber viele Haushalte zu erhöhter Ersparnisbildung veranlassen. Insgesamt ist mit einer Zunahme des realen privaten Verbrauchs von 3 vH zu rechnen. Angesichts der anhaltenden Flaute im

Wohnungsbau werden die Käufe von Hausrat weiter unterdurchschnittlich steigen, dagegen werden die Ausgaben für Pkw und Reisen wohl überdurchschnittlich expandieren.

### Steigende Überschüsse in der Leistungsbilanz

39. In der kurzfristigen Entwicklung der realen Wareneinfuhr spiegelte sich deutlich die Bewegung des DM-Wechselkurses wider. Auf den starken Kursverfall der DM – insbesondere gegenüber dem US-$ – bis zum Februar 1985 reagierten die Importeure mit deutlich verminderter Nachfrage, sei es, daß sie die Wechselkursrelation für nicht dauerhaft ansahen, sei es, daß inländische Produkte billiger waren. Nach der deutlichen Aufwertung der DM kam es zu einer merklichen Zunahme der Wareneinfuhr.

40. Die Einfuhr expandierte im Sommerhalbjahr mit einer laufenden Jahresrate von etwa 4,5 vH. Dabei wurde die Einfuhr zeitweise noch durch Sondereinflüsse gedrückt: So war die Einfuhr von Kraftfahrzeugen im Sommerhalbjahr schwach, weil sich die Käufer zu Jahresbeginn wegen der Unklarheit über die steuerliche Förderung schadstoffarmer Autos zurückgehalten hatten, was dazu führte, daß ein unfreiwilliger Lageraufbau stattfand. Überdurchschnittlich stark nahm dagegen die Einfuhr von Investitionsgütern zu. Das steht im Einklang mit der regen Investitionstätigkeit im Inland; darin kommt aber auch die zunehmende internationale Arbeitsteilung und intra-industrielle Zusammenarbeit zum Ausdruck.

41. Die Einfuhr nahm im Jahre 1985 deutlich langsamer zu als die Ausfuhr. Da außerdem die Einfuhrpreise seit dem Frühjahr 1985 merklich sanken, die Ausfuhrpreise dagegen auf dem Niveau vom Frühjahr verharrten, verbesserten sich die Terms of Trade deutlich. Damit dürfte der Handelsbilanzüberschuß in diesem Jahr um etwa 25 Mrd. DM zunehmen. Die Leistungsbilanz wird wohl mit einem Überschuß von etwa 40 Mrd. DM abschließen, rund 20 Mrd. DM mehr als im Vorjahr.

42. Im Jahre 1986 wird die Einfuhr leicht verstärkt zunehmen, die laufende Jahresrate dürfte bei 5 vH liegen. Bei fortgesetzter Expansion der Gesamtnachfrage dürften die deutliche Aufwertung der DM gegenüber dem US-$ und eine zu erwartende Aufwertung der DM im Rahmen des EWS die Wettbewerbsposition der ausländischen Anbieter auf dem Inlandsmarkt verbessern. Die verstärkt expandierende Nachfrage der Konsumenten wird die Absatzchancen vergrößern. Da die Investitionsbelebung anhält, spricht alles dafür, daß die Einfuhr von Investitionsgütern wie bisher rasch expandiert. Die Einfuhr von industriellen Vorprodukten dürfte weitgehend im Einklang mit der Expansion der Industrieproduktion zunehmen. Für das kommende Jahr läßt der anhaltende Preisdruck auf den Weltrohstoffmärkten eine nennenswerte Lageraufstockung aus spekulativen Gründen nicht erwarten.

43. Obwohl die reale Wareneinfuhr eher etwas stärker zunehmen dürfte als die Ausfuhr, wird sich – wegen des Niveauunterschieds – der reale Überschuß im Warenhandel nur wenig ändern. Da die Einfuhrpreise weiter unter Druck stehen und die Ausfuhrpreise eher leicht steigen dürften, werden sich die Terms of Trade weiter etwas verbessern. Der Überschuß der Handelsbilanz dürfte auf nahezu 100 Mrd. DM steigen und damit rund 20 Mrd. DM höher sein als 1985. Der Leistungsbilanzüberschuß wird damit eine Größenordnung von 55 Mrd. DM erreichen.

### Arbeitsmarkt bleibt Sorgenkind der Wirtschaftspolitik

44. Trotz der konjunkturbedingt steigenden Beschäftigung, insbesondere in der Industrie und im Dienstleistungsbereich, wird die Arbeitslosigkeit auch 1986 das wirtschaftspolitisch drückendste Problem bleiben. Nachdem die Kurzarbeit weitgehend abgebaut ist und die

Zahl der Überstunden sich nur in begrenztem Umfang ausweiten läßt, wird es bei den skizzierten Produktionstendenzen zu einem Anstieg der Beschäftigtenzahl um rund 1 vH kommen. Die Zunahme der Beschäftigung erfolgt einerseits dadurch, daß neu ins Erwerbsleben drängende Jugendliche eingestellt werden. Andererseits werden wohl auch Personen, die zeitweise erwerbslos waren, einen Arbeitsplatz finden, darunter auch solche, die nicht als Arbeitslose registriert waren, sondern sich aus der stillen Reserve rekrutieren.

45. Da durch die Vorruhestandsregelung weiterhin ältere Mitarbeiter vorzeitig ausscheiden und der Erziehungsurlaub im Verlauf von 1986 mehr und mehr genutzt werden dürfte, wird die Zahl der registrierten Arbeitslosen trotz des demographisch bedingten Zugangs zum Arbeitskräftepotential wohl um reichlich 50 000 abnehmen. Außerdem verringert sich die Zahl der registrierten Arbeitslosen um weitere 100 000, weil seit Beginn des Jahres 1986 jene über 58jährigen Arbeitslosen, die sich nicht ausdrücklich als für den Arbeitsmarkt verfügbar melden, nicht mehr als Arbeitslose gezählt werden. Damit dürfte die Jahresdurchschnittszahl für 1986 bei 2,15 Mill. liegen, nach 2,3 Mill. im Jahre 1985. Dies bedeutet bei einem annähernd normalen Saisonverlauf, daß die Ursprungswerte der Zahl der Arbeitslosen zumindest im September und Oktober des Jahres 1986 unter der 2-Millionen-Marke liegen werden.

**Weiterhin nur geringer Preisanstieg**

46. Obwohl der Konjunkturaufschwung nunmehr in das vierte Jahr geht, ist das Ziel der Preisstabilität bislang nicht gefährdet. Dazu hat zweifellos maßgeblich beigetragen, daß die Geldmenge in den letzten Jahren nur mäßig expandierte. Da auch die Finanzpolitik weitgehend auf Konsolidierung ausgerichtet war und damit einen dämpfenden Effekt hatte, blieb das Aufschwungstempo moderat, Spannungen zwischen Angebot und Nachfrage traten kaum auf. Zudem stiegen die Lohnstückkosten wegen der relativ geringen Lohnerhöhungen bei expandierender Produktion nur schwach, so daß die Unternehmen ihre Erlöse deutlich verbessern konnten, ohne ihre Verkaufspreise heraufzusetzen. Hinzu kommt, daß einige Bereiche, in denen die Preise in früheren Aufschwungsperioden besonders stark erhöht wurden, insbesondere die Bauwirtschaft, sich derzeit in einer Strukturkrise befinden, so daß sie eher inflationsdämpfend wirken.

47. Im Sommerhalbjahr 1985 trug eine Reihe von Faktoren dazu bei, daß der ohnehin geringe Preisanstieg sowohl auf der Erzeuger- als auch auf der Verbraucherstufe zum Stillstand kam. So führte die deutliche Aufwertung der DM gegenüber dem US-$ bei leicht sinkenden Dollarpreisen auf den Weltrohstoffmärkten zu einer deutlichen Verbilligung der Einfuhr von industriellen Vorprodukten. Auch die Preise für Heizöl und Benzin gerieten wegen des fallenden Dollarkurses unter Druck.

Die Preise für Nahrungsmittel gingen zurück, weil das Angebot von Obst und Gemüse reichlich war. Aber auch die Preise anderer Nahrungsmittel gaben nach, da u.a. der Grenzausgleich innerhalb der EG verringert wurde und für eine Reihe von Produkten – anders als in den Vorjahren – keine höheren Interventions- und Stützungspreise festgesetzt worden waren.

48. Auch im Jahre 1986 dürfte der Preisanstieg gering bleiben, selbst wenn keine preisdämpfenden Sonderfaktoren wirksam werden, wie dies im Sommer 1985 der Fall war. So ist nicht zu erwarten, daß eine weitere deutliche Aufwertung der DM gegenüber dem US-$ die Einfuhrpreise erneut deutlich sinken läßt. Aufgrund der Situation auf den Weltrohstoffmärkten, die vom Angebotsdruck beherrscht sind, dürften die Einfuhrpreise für industrielle Vorprodukte allerdings wohl leicht sinken. Angesichts der Überschußsituation auf dem

EG-Agrarmarkt werden wohl auch 1986 die Interventions- und Stützungspreise nur wenig angehoben werden. Die Lohnabschlüsse dürften zwar etwas höher ausfallen als 1985, so daß die Lohnstückkosten stärker steigen als im Vorjahr, doch dürfte ein Teil dieser Kostenbelastung durch die Verbesserung der Terms of Trade kompensiert werden. Die weitgehend stabilitätskonforme Geldpolitik und die weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen lassen erwarten, daß sich die konjunkturelle Expansion auch im Jahre 1986 in mäßigem Tempo und damit weitgehend spannungsfrei vollzieht. Die Preiserhöhungsspielräume werden also eng bleiben, so daß der laufende Preisanstieg eine Jahresrate von 2 vH kaum überschreiten dürfte. Im Jahresdurchschnitt wird der Preisanstieg wohl unter 2 vH liegen.


## Summary

### Federal Republic of Germany: Strong Increase in Domestic Demand in 1986

In 1985, the economic recovery has continued. However, the increase in production exhibited a very unsteady profile and was relatively moderate. The export-oriented industries and the investment goods sector experienced a vigorous upturn. Expenditures of private households remained sluggish, thus, retail sales and production in the consumer goods industry advanced only modestly; construction activity shrank markedly. As a consequence, profits in the traded goods sector were soaring while in many other sectors the number of business failures continued to increase.

Since mid-1984 employment has expanded and short-time work has been strongly diminished. However, the recovery remained too weak to reduce unemployment. Consumer prices have been stable since spring 1985. The current account surplus doubled in 1985 and reached 2 percent of GNP.

The public sector deficit has been reduced considerably in 1985, in terms of the national income accounts the deficit decreased by some 14 bill. DM to 20 bill. DM. With respect to GNP the public sector deficit declined from 3,3 percent in 1982 to approximately 1 percent in 1985. Although in 1986 the first step of the income tax reform becomes effective and some transfer payments are increased, the public sector deficit will remain unchanged. Thus, fiscal policy continues its stance oriented at reducing the public sector deficit. Tax reductions as well as more favorable depreciation allowances will stimulate private consumption and construction activity.

While until mid 1985 monetary policy was more on the restrictive side, there seems to be a slight loosening during recent months. Especially the increase of the money supply M1 has accelerated. In 1986 the strengthening of the DM – it is assumed that in 1986 the DM will be revaluated vis-a-vis other EMS-currencies and that the exchange-rate vis-a-vis the US-Dollar remains at 2,50 DM/$ –will dampen the increase of domestic prices. Thus, in 1986 the Bundesbank will most probably allow for a higher monetary expansion than in 1985. According to first wage claims by the labor unions and the statements of public and private employers wage negotiations in 1986 will lead to wage increases of some 4 percent. Therefore, although the rate of inflation is likely to continue to decline wage settlements will be higher than in 1985. On top of the lack of moderation for average wage increases unions and employers' associations do not seem to be prepared to allow for more wage differentiation, in order to tackle unemployment. On the contrary, unions have stressed the need of relatively

high wage increases for low-paid workers. For this reason it is to be feared that unemployment among the less qualified, which is already high, will increase further.

Due to slightly expansionary monetary and fiscal policies the cyclical upswing in the Federal Republic of Germany is likely to continue in 1986. Real GNP will increase by some 3 percent. Contrary to 1984 and 1985, domestic demand will be the driving force, impulses from abroad are likely to weaken. Because of an acceleration of real disposable income advances private consumption will rise vigorously in 1986. As profits continue to increase and capacity utilization is quite high in some sectors the investment climate – especially in the investment goods industry – will remain favorable. In construction there will be only a small increase because of the structural problems of the housing sector. Due to the moderate upswing there will hardly be bottlenecks; the increase in consumer prices is likely to be below 2 percent in 1986.

The increase in overall output will improve the employment situation in 1986. Since short-time work is already on a low level and the expansion of overtime is restricted, the number of employed is likely to rise by about 1 percent. Since there will be a continuing increase of the labor force due to demographic reasons and a reintegration of workers discouraged in recent years, the number of unemployed will decrease only by some 150 thousands to 2.15 mill. in 1986. This is partly due to the effects of some labor market measures. A change of the statistical treatment of the long-term unemployed above 58 years will reduce the number of registered unemployed by some 100 000 persons.